

# Flüchtlingsheime auf der grünen Wiese

## Löffler plant Unterkünfte in Holzständerbauweise – Bürgermeister diskutieren mit Füracker

**Cham.** (wf) Den Bürgermeistern im Landkreis Cham liegt manche staatliche Kost schwer im Magen. Von zumindest gefühlten Ungerechtigkeiten bei Stabilisierungshilfen, Kommunalem Investitionsprogramm und Breitbandförderung bis hin zu aus unverständlichen Gründen gekürzten Zuschüssen für Feuerwehrautos. Beim Kreisverband des Bayerischen Gemeindetags, der Heimatstaatssekretär Albert Füracker am Montag ins Hotel am Regenbogen eingeladen hatte, kam all das zur Sprache. Das drängendste Problem aber griff Landrat Franz Löffler auf: die Folgen der Flüchtlingswelle für den Landkreis Cham.

Da geht es zunächst ganz banal ums Geld. Obwohl – in der Theorie – Bund und Land für alles aufkommen, bleibt dem Landkreis ein dicker Brocken. Zum einen musste die Kreisbehörde Personal aufstocken – Löffler sprach von 14 oder 15 zusätzlichen Kräften –, zum anderen fallen für anerkannte Asylbewerber, die Hartz IV-Empfängern gleich gestellt werden, Ausgaben für Unterkunft und Heizung an. Nicht zuletzt steigt die Bezirksumlage, weil die Ausgaben für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge wesentlich höher sind als angenommen.

### Flüchtlinge belasten den Kreishaushalt

Für den Landkreis bedeutet das unter dem Strich im Haushalt 2016 Mehrausgaben von knapp drei Millionen Euro. Nur weil die Umlagekraft der Gemeinden deutlich zugenommen hat, kann der Landrat eine Senkung der Kreisumlage um einen Punkt vorschlagen: Löffler: „Ich will nicht mehr als das, was der Landkreis zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht.“

Gemeinden, in denen Asylbewerber leben, würden, so der Landrat, grundsätzlich nicht stärker belastet als solche, die keine beherbergen. Das könnte nur dann der Fall sein, wenn Asylbewerber, die nach ihrer Anerkennung die Gemeinschaftsunterkunft verlassen müssen, keine



Stellte sich den Fragen der Landkreis-Bürgermeister: Heimatstaatssekretär Albert Füracker (stehend); von links MdL Dr. Gerhard Hopp, Landrat Franz Löffler, Gemeindetag-Kreisvorsitzender Hugo Bauer und MdB Karl Holmeier.

eigene Wohnung finden und damit obdachlos sind. Dann wären für diese Kosten die Gemeinden zuständig. Löffler will deshalb einen Wohnungslotsen einstellen, der sich darum kümmert: „Das ist eine der größten Herausforderungen, vor der wir in diesem Jahr stehen.“

Doch es ist bei weitem nicht die einzige. Denn für Löffler ist klar: „Wir steuern auf das organisierte Chaos zu.“ Mit 800000 weiteren Flüchtlingen rechnet das Bundesamt für Migration im Jahr 2016. Selbst bei dieser vorsichtigen Schätzung wird die Zahl der Asylbewerber im Landkreis Cham von derzeit 1400 auf weit über 2000 steigen. „Wir brauchen weiter die Solidarität aller Kommunen“, forderte Löffler.

In 29 von 39 Gemeinden des Landkreises seien derzeit Flüchtlinge untergebracht. Dort, wo bisher keine Unterkunft ist, liege das nicht unbedingt am Willen, sondern häufig am Können. Weil eben keine geeigneten Immobilien angeboten würden. Der Landrat hat aber auch

hier einen Plan B. Seine Bitte an die Bürgermeister dieser Gemeinden: Sie mögen nach Grundstücken Ausschau halten, auf denen kurzfristig Unterkünfte in Holzständerbauweise errichtet werden könnten. Denn der Landrat machte deutlich, dass er an seinem Prinzip der Ausgewogenheit bei der regionalen Verteilung von Flüchtlingen nicht rütteln möchte.

Gerade der östliche Landkreis darf seiner Aussage nach nicht überbelastet werden, nur weil dort vielleicht viele Objekte angeboten werden. Um die Flüchtlinge gerecht zu verteilen, sei der Landkreis auf Solidarität angewiesen.

### Eine Weigerung hätte fatale Folgen

Die von mancher Seite angekündigte Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen, ist für den Landrat der falsche Weg. Denn genau das würde dazu führen, dass der Staat Flüchtlinge verteilt, ohne vermutlich auf

regionale Ausgewogenheit Rücksicht zu nehmen.

### Löffler: „Nervt, dass man dauernd schimpfen muss“

Manches geht Löffler einfach zu langsam. Beispiel: die Festlegung einer auf einen bestimmten Zeitraum beschränkten Residenzpflicht für Flüchtlinge. „Es nervt, dass man dauernd erst schimpfen und Gaudi machen muss, bevor etwas geschieht.“ Wie viele Flüchtlinge der Landkreis insgesamt überhaupt aufnehmen kann? Löffler: „Wir kommen an den Rand der Belastbarkeit.“ Seine Warnung: „Seit der Silvesternacht von Köln hat sich die Lage deutlich verschärft.“

Füracker unterstrich, der Freistaat tue in der Flüchtlingsfrage das Menschenmögliche. Dabei bekomme er nur einen Bruchteil der anfallenden Kosten vom Bund erstattet. Auf Dauer halte das kein Staatshaushalt aus, befürchtete der Staatssekretär.